

Der Mensch als „verletzliches Wesen“. Die Folgen für die akademische Diskussionskultur und freie Debatte

Maria-Sibylla Lotter

Abstract

In den letzten Jahrzehnten wurde das Bild des Menschen als autonomes Subjekt zunehmend durch die Betonung seiner Verwundbarkeit abgelöst. Auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit werden in akademischen Kontexten zunehmend in der Sprache einer gruppenspezifischen Vulnerabilität formuliert. Das hat dazu geführt, dass wissenschaftliche Debatten verhindert werden, weil sie sich möglicherweise schädlich auf vulnerable Gruppen auswirken könnten.

Erläuterung

Die Qualität von Wissenschaft hängt zu einem großen Teil von der Debattenkultur ab. Nur in einem Prozess, in dem die eigenen Annahmen auf intellektuelle Widerstände stoßen, die zum Weiterdenken und zur Revision zwingen, kann aus naiven Überinterpretationen empirischer Befunde oder aus persönlichen Meinungen Erkenntnis werden. Wissenschaft ist daher undenkbar

ohne die Möglichkeit, eigene Gedanken und Hypothesen zur Diskussion zu stellen, ohne Angst haben zu müssen, dafür angegriffen oder benachteiligt zu werden. Das bedeutet nicht, dass in der wissenschaftlichen Debatte alles gesagt werden kann. Auch eine freie Debatte erfordert gewisse Regeln und Begrenzungen. So verbieten es die traditionellen Regeln der Höflichkeit und Sachlichkeit auch in akademischen Kontexten, die an einer Debatte Beteiligten als Personen anzugreifen, anstatt die von ihnen vorgebrachten Argumente zu widerlegen. Freilich kann auch sachbezogene Kritik heftige Frustrationen und Kränkungen auslösen, insbesondere wenn dadurch die Qualität und Bedeutung der präsentierten Forschung negiert wird. Die Fähigkeit, solche Verletzungen mehr oder weniger stoisch zu ertragen, gehört jedoch traditionell zu den professionellen Eigenschaften, die in der Wissenschaft antrainiert werden.

Der Umgang mit Vulnerabilität hat sich in den letzten Jahrzehnten allerdings deutlich verändert. Die neue Sensibilität für Vulnerabilität unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht von der früheren Erfahrung menschlicher Verletzlichkeit. Zum einen ist mit der Ausweitung des therapeutischen Feldes in den USA und Europa die Sensibilität für menschliche Verletzlichkeit generell stark gewachsen. Begriffe im Bedeutungsfeld menschlicher Verletzlichkeit wie „Trauma“, „Mobbing“, „Hass“, „Gewalt“ oder „Sicherheit“ haben sich auf immer schwächere Phänomene und neue Bereiche ausgedehnt. Mit Begriffen wie „Gewalt“ werden heute Phänomene

ungerechter sozialer Strukturen und Vorurteile bezeichnet, die früher nicht mit diesem Begriff in Verbindung gebracht wurden. Solche Bedeutungsverschiebungen haben dazu geführt, dass viele konflikthafte menschliche Interaktionen, die früher als unangenehm, aber als normaler Bestandteil des Lebens angesehen wurden, heute als toxisch und traumatisch bezeichnet werden. Damit einhergehend hat sich auch unser Verständnis von Verantwortung verändert. Zu Zeiten emanzipatorischer Bewegungen wie der Schwulenbewegung ging man noch davon aus, dass soziale Benachteiligung und Diskriminierung in erster Linie Herausforderungen darstellten, die eigenverantwortlich und mit Eigeninitiative zu bewältigen seien. Die Betroffenen versuchten, die Öffentlichkeit für die soziale Ungerechtigkeit ihrer Situation zu sensibilisieren und ihren Status aktiv aufzuwerten, zum Beispiel durch die Aufwertung des Begriffs „schwul“. Heute hingegen werden solche sozialen Benachteiligungen als Vulnerabilitäten wahrgenommen, die durch den Gesetzgeber und die Solidarität privilegierter Gruppen auszugleichen sind. Zum anderen hat sich seit den 1990er Jahren im akademischen Kontext der Hate-Speech-Debatte die Auffassung verbreitet, dass Worte noch viel mehr verletzen können als körperliche Misshandlung, wobei Gruppen, die als sozial benachteiligt oder marginalisiert gelten, als besonders verletzlich gelten. Entsprechend wird in der akademischen Debatte um Hate-Speech und Mikroaggressionen davon ausgegangen, dass auch Äußerungen, die nicht als Beleidigungen oder Ausgrenzungen intendiert sind,

verletzende soziale Signale senden können. Frauke Rostalski spricht in diesem Zusammenhang von einer neuen „Diskursvulnerabilität“, die Menschen im Gespräch mit anderen aufgrund des Gesprächs selbst aufweisen: „Der abstrakte Diskurs wird dann auf die eigene Person angewendet und in der Folge als persönlicher Angriff gewertet, der verletzt“ (Rostalski 2024). Beispielsweise gilt die wissenschaftliche Frage, was unter Geschlecht (*sex*) zu verstehen ist und in welchen Bereichen das biologische Geschlecht und in welchen Bereichen die soziale Geschlechtsrolle relevanter ist, mittlerweile in weiten Kreisen als schädlich für Transpersonen, weil dadurch ihre Identität als Transperson und ihr Recht auf freie Geschlechtswahl in Frage gestellt würde.

Dass solche Verwundbarkeiten inzwischen von vielen Akteuren über die Wissenschaftsfreiheit und die Forschung gestellt werden, hat für die Wissenschaften und die öffentliche Debatte jedoch höchst problematische Folgen, zumal damit paradoxerweise auch eine Verrohung des Umgangs einhergeht. So werden Interessenskonflikte, wenn sie marginalisierte Gruppen betreffen, als unsolidarischer Angriff auf diese verwundbaren Gruppen interpretiert, „reale Macht- und Interessenkonflikte als moralische Fragen ausgegeben“ (Lotter 2022). Typisch dafür ist der Umgang mit Feministinnen, die sich den Forderungen von Transorganisationen nach freier Geschlechtswahl widersetzen: Sie wurden als transfeindlich gebrandmarkt und insbesondere an englischen Universitäten Kampagnen bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt, die einige von

ihnen, wie die Philosophieprofessorin Kathleen Stock, sogar zur Aufgabe ihrer Stelle zwingen. Die Kombination aus moralischem Druck und der Angst vor solchen „Ausgrenzungs-Praktiken“ (Lotter 2023) führt letztlich dazu, dass bestimmte Themen oder gar ganze Wissenschaftsbereiche, etwa in der Intelligenzforschung, zu Gefahrenzonen werden, die gemieden werden. So findet in Deutschland Forschung zu Integrationsproblemen in muslimischen Migrant*innenkontexten kaum noch statt, weil sie schnell in den Verdacht der Islamophobie gerät, wie etwa die Veranstaltungen des Zentrums Globaler Islam der Ethnologin Susanne Schröter. Diejenigen, die im Gegenzug die Wissenschaftsfreiheit gegen den Druck neuer diskursiver Verletzlichkeiten verteidigen, neigen umgekehrt nicht selten dazu, diese nur als Vorwand für Machtinteressen zu sehen und ihnen jede Legitimität abzuspochen. So haben sich Lager gebildet, in denen die Wissenschaftsfreiheit in einen exklusiven Gegensatz zur Rücksichtnahme auf gegebene Verletzlichkeiten geraten ist. Man kann aber die Wissenschaftsfreiheit verteidigen, ohne den neuen diskursiven Verletzlichkeiten ihre Berechtigung abzuspochen: indem man sie *prima facie* akzeptiert und als eine je situativ zu bewältigende Herausforderung für die Diskurssensibilität versteht, ihnen aber keinen Vorrang vor der verfassungsrechtlich geschützten Wissenschaftsfreiheit einräumt. Zudem ist zu bedenken, dass Angehörige scheinbar vulnerabler Gruppen durchaus unterschiedliche Haltungen zu potenziell verletzenden Themen einnehmen.

Literatur

Maria-Sibylla LOTTER, *Probleme der Streitkultur in Demokratie und Wissenschaft*, Baden-Baden 2023.

Maria-Sibylla LOTTER, „Sind ‚vulnerable Gruppen‘ vor Kritik zu schützen? Die Funktionen der Redefreiheit für die liberale Demokratie und die Ideologisierung der Vulnerabilität“, in: *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 9, Band 2, 2022, 375–398.

Frauke ROSTALSKI, *Die vulnerable Gesellschaft. Die neue Verletzlichkeit als Herausforderung der Freiheit*, München 2024.